



Tagungsbericht

Fachtagung „Gedenkstätten als Orte der Demokratiebildung“

Dienstag • 17.11.2020 • 09.00 Uhr bis 16.30 Uhr

Die Tagung zum Thema „Gedenkstätten als Orte der Demokratiebildung“ fand online am 17.11.2020 statt. Nach der Eröffnung der Tagung durch Frau **Claudia Schanz** (MK) richtete Herr **Dr. Enste**, der Landesbeauftragte gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens, ein Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Dabei unterstrich er, dass die zahlreichen Gedenkstätten in Deutschland nicht nur Orte der Trauer, sondern auch Orte des Erkenntnisgewinns sein müssen, in denen man erfahren könne, was folge, wenn ein Staat sich einer menschenverachtenden Ideologie verschreibt. Die Gedenkstätten befänden sich angesichts neuer Herausforderungen in einer Phase der Neuorientierung, würden jedoch weiterhin eine wichtige Aufgabe wahrnehmen, in einer Zeit, in der man leider ein erneutes Aufleben des Antisemitismus und der Empfänglichkeit für Wut, Hass und Rassismus erlebe.

Frau **Dr. Elke Gryglewski**, designierte Geschäftsführerin der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, hob während der Podiumsdiskussion hervor, dass die Gedenkstätten Räume des Lernens öffnen und ein Angebot machen müssen, dem sich die Besucherinnen und Besucher frei mit ihren eigenen Fragen nähern dürfen. Die Gedenkstätten sollten also die besondere Situation, in der sich Lernende (speziell Schulklassen) bei ihrem Besuch befinden, und die damit verbundene Erwartungshaltung nutzen und ihr Handeln an den demokratischen Prinzipien ausrichten, die man vermitteln möchte. Ziele und Durchführung des Bildungsangebots müssten also stimmig sein, die Methode der Vermittlung müsse die Angesprochenen ernst nehmen und ihnen keine vorgefertigten Interpretationen, historischen Vergleiche oder Analogien aufzwingen. Frau Dr. Elke Gryglewski relativierte darüber hinaus die Behauptung, die Schülerinnen und Schüler, die die Gedenkstätten besuchen, würden eine größere Heterogenität als früher aufweisen, indem sie zunächst einmal feststellte, dass die Differenzen – sofern vorhanden – nicht nur ethnischer oder religiöser Natur seien. Sie gab aber vor allem zu bedenken, dass der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg globale Auswirkungen hatten und somit jede und jeder im Sinne einer Verflechtungsgeschichte familiäre Bezüge zum Nationalsozialismus herstellen könne. Ethnische Vielfalt müsse darum keine Herausforderung für die Gedenkstätten sein. Auch in Bezug auf die politischen Entwicklungen der letzten Jahre stellte Frau Dr. Gryglewski fest, dass Rechtsextremismus und Antisemitismus schon immer in der Gesellschaft vorhanden gewesen seien; sie seien heute lediglich sichtbarer geworden. Eine radikalisierte Minderheit versperre uns den Blick auf die demokratische Mehrheit.

Diese Einschätzung wurde nicht von allen geteilt. Im Gegensatz dazu wies nämlich Herr **Prof. Dr. Zülsdorf-Kersting** eindringlich auf das Eskalationskontinuum rechtsextremistischer Aggressivität hin. Er sah in dieser politischen Verschiebung, die die bisher geltenden Normen des sozial Erwünschten in Frage stelle, einen von vier Faktoren, die die Rahmenbedingungen der Gedenkstättenarbeit verändert hätten. Ein weiterer Faktor sei die Tatsache, dass NS-bezogenes Lernen in einer Migrationsgesellschaft stattfinde, somit Schulklassen nicht mehr als in „Wir-Form“ apostrophierte Abstammungsgemeinschaft angesprochen werden könnten. Auch habe Inklusion die Bedingungen historischen Lernens tiefgreifend verändert. Vor allem aber sei das „Erinnerungsparadigma“ generationell überholt. Die Gedenkstätten könnten nicht mehr für Schülerinnen und Schüler Orte der lebendigen Erinnerung sein; somit sei ein Paradigmenwechsel nötig. Im Gesamtbild beurteilte Prof. Dr. Zülsdorf-Kersting die Aufgabe einer historisch-politischen Bildung und einer demokratischen Erziehung an Gedenkstätten und an Schulen als ein extrem anspruchsvolles, häufig zum Scheitern verurteiltes Unterfangen. Trotzdem könne historische Erkenntnis sowohl auf der emotionalen Ebene dazu befähigen, Wunschvorstellungen eines gedeihlichen gesellschaftlichen Zusammenlebens zu entwickeln, als auch auf der kognitiven Ebene die Voraussetzungen dafür schaffen, um Vergleiche zur Gegenwart ziehen und kausale Zusammenhänge erkennen zu können.

Als ausgewiesener Experte für die Gedenkstättenpädagogik hob Herr **Gottfried Kößler**, langjähriger Mitarbeiter im Pädagogischen Zentrum des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt, die Besonderheit der pädagogischen Situation während des Gedenkstättenbesuchs hervor. Es bestehe zwar die Gefahr einer Überforderung

der Gedenkstätte durch die hohen Erwartungen der Gesellschaft, aber ein Gedenkstättenbesuch biete die Gelegenheit, die hierarchischen Strukturen der Schule für einen kurzen Zeitraum aufzuweichen und demokratisches Lernen zu ermöglichen. Der der Gedenkstätte zugewiesenen Aufgabe historischer Bildung gehe man heute durch eine multiperspektivische Auseinandersetzung mit dem Ort und durch das Studium von Biographien der historischen Akteurinnen und Akteure nach. Starre Täter-Opfer-Dichotomien seien einer differenzierteren Betrachtung gewichen, die Grauzonen erlaube und eine lebensnahe und sehr anspruchsvolle Auseinandersetzung mit Handlungsspielräumen, individuellen Entscheidungen und Wertvorstellungen ermögliche. Auch Herr Kößler sah in dieser neuen Perspektivierung die Widerspiegelung einer Gesellschaft, die sich zwischen politischer Radikalisierung, „Vielheit“ (Terkessidis) und Inklusion bewege. Den Gedenkstätten falle dabei die Aufgabe zu, bei den Schülerinnen und Schülern Erinnerungsbestände aufzurufen, die aus den globalen postkolonialen Zusammenhängen erwachsen, jedoch in der Schule meistens unentdeckt blieben. Aus der Perspektive der jüdischen Geschichte sei es darüber hinaus wichtig, die Interaktion der deutschen Mehrheitsgesellschaft mit der deutsch-jüdischen Minderheit nicht nur im Moment der Gewalt und Ausgrenzung zu beobachten, sondern auch die langen Zeiträume des friedlichen Zusammenlebens in den Blick zu nehmen.

Herr **Kai Gemblor**, Lehrkraft des Max-Windmüller-Gymnasiums in Emden und Mitglied des Arbeitskreises Erinnerungskultur, rundete diese Feststellungen mit einem Bericht über die schulische Situation ab: Er verwies auf das Niedersächsische Schulgesetz, das explizit die Förderung einer demokratischen Grundhaltung bei den Schülerinnen und Schülern vorschreibt. Leider würden die Stundenpläne für diese Aufgabe zu wenig Zeit vorsehen, obwohl man eine erschreckende Entwicklung antidemokratischer Haltungen in der Schüler- und Elternschaft beobachte. Er regte darum eine Verbesserung der Rahmenbedingungen an, so dass u. a. das Thema Nationalsozialismus, das für das Selbstverständnis unserer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sei, ausreichend in den Schulen thematisiert werden könne. Es bestehe im Moment die Tendenz, diese Aufgabe an die Gedenkstätten zu delegieren. Schule und Gedenkstätte könnten jedoch nur gemeinsam das gewünschte Ziel erreichen.

In diesem Punkt waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung einig: Demokratiebildung braucht Zeit. Darum sei eine längere, im Idealfall über mehrere Jahre sich erstreckende Zusammenarbeit von Lerngruppen mit Gedenkstätten wünschenswert. Unwidersprochen blieb auch die mehrmals bekräftigte Feststellung, dass der authentische historische Ort, an welchem sich die Gedenkstätte befindet, der zentrale Bezugspunkt des jeweiligen Bildungsangebots ist, was die historisch-politische und pädagogische Arbeit niedersächsischer Gedenkstätten sehr vielfältig macht.

Es folgte der Input zum Thema „Umgang mit Antisemitismus und Rassismus in der Gedenkstättenarbeit“ von Herrn Andreas Mischok (Gedenkstätte Ahlem). Er schilderte möglichen Strategien im Spannungsfeld zwischen „Ermöglichung“ und „Grenzsetzung“: Den Besuchergruppen müssten einerseits die Grenzen des Sag- und Machbaren deutlich vermittelt werden, andererseits sollten Methoden des Entdeckenden Lernens und eine offene und respektvolle Diskussionskultur Wege des Verstehens und Lernens ebnen.

Nach einer sich daran anschließenden Diskussion in Gruppen, deren Ergebnisse den Teilnehmerinnen und Teilnehmern schriftlich zur Verfügung gestellt wurden, endete die Veranstaltung gegen 17.00 Uhr.